

Riefaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt



Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptkollektivs Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Drahtanschrift
Tageblatt Riefa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Postkonton:
Dresden 1530,
Stroffner:
Riefa Nr. 52.

Nr. 236.

Freitag, 9. Oktober 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reflamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Festsätze für Bewilligter Robatt ersticht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riefa. Geschäftsführer: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Große Schwierigkeiten bei der Kabinettsneubildung.

Wiederwahl Dr. Miklas zum österreichischen Bundespräsidenten.

Auf schmalem Grat.

Welchen Weg schlägt Dr. Brüning ein?

Die Gesamtdemission des Reichskabinetts und die Wiederbetrauung Dr. Brüning mit der Kabinettsbildung bringen nicht jene Entspannung der politischen Lage, die man in dem gegenwärtigen Arbeitsanblick von höchster internationaler Bedeutung wünschen müßte. Mit großem Nachdruck hat der Reichspräsident von Dr. Brüning die Außerachtlassung jeder parteimäßigen Bindung verlangt. Obwohl er bereits in den letzten anderthalb Jahren auf Grund des Artikels 48 in Karlsruhe nahe den Kurs und die parlamentarischen Beziehungen des Kabinetts bestimmte, ist er damit noch deutlicher als bisher aus seiner Reserve herausgetreten. Er hält an Dr. Brüning fest, obwohl von Seiten der Rechten gegen dieses Vertrauensverhältnis zwischen Reichspräsident und Kanzler Sturm gelautet wird. Er schließt dessen politischen Kurs nicht nur durch seine Autorität, sondern auch durch die Macht der Reichswehr, die seinem Befehl untersteht. Neben dem Reichspräsidenten befinden sich aber auch Berater und Kritiker der oppositionellen Parteien, die jeden Schritt des Reichskanzlers mit äußerster Wachsamkeit, ja mit einer gereizten Steifigkeit verfolgen. Die bisherige Freiheit der Entscheidung ist Dr. Brüning während seiner zweiten Kanzlerszeit stärker als bisher genommen. Die Möglichkeit zu Kompromissen ist verperrt. Von den bisherigen Koalitionsträgern des Kanzlers hat sich der rechte Flügel abgewandt. Die Deutsche Volkspartei blickt hinüber zur nationalen Opposition und achtet auf jeden Wind, jedes konkrete Angebot, das ihr ein Zusammengehen mit Dr. Eugen Berg und Hitler ermöglicht. Die SPD. aber ist entschlossen, bei den ersten Zeichen eines schärferen Rechtssturzes den Weg in die Opposition zu nehmen. Selbst im Zentrum gärt es, stehen sich Unternehmer und christliche Gewerkschaften schroffer denn je gegenüber. Dr. Brüning ist auf einem schmalen Grat gezwungen. Alles hängt davon ab, mit welcher Sicherheit er ihn beschreitet.

Viele fragen heute: Was will der Reichskanzler? Richtiger lautet die Frage: Was muß er wollen? Die Antwort darauf ist eng begrenzt. Wenige Minuten nach der Demission des ersten Brüning-Kabinetts schilderte Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der auch der neuen Regierung angehören dürfte, die Lage der Reichsfinanzen. Sie ist katastrophal. Der große Bankenzusammenbruch des 13. Juli macht sich erst jetzt in vollem Ausmaß geltend. Die Steuereingänge sind so schlecht, wie noch nie. Dagegen wächst die Schuld des Reiches tag für Tag an. An allen Ecken fordert man kein Einbringen, verlangt man zum mindesten keine Garantie. Die 700 Millionen Erparnisse aus dem Hoover-Plan werden durch die Steuererlässe bis zum Ende des Etatsjahres restlos aufgebraucht. Für weitere große Zahlungen ist bisher keine Deckung vorhanden. Die 50 Millionen Reichsbahn-Vorzugsaktien, die eine neue Kampagne schaffen sollten, sind unverkäuflich. Die Gemeinden verbrauchen einen Zuschuß von 170 Millionen über den Etat für ihre Wohlfahrtsverbände. Die Kriegunterstützung verlangt Neuauflagen von mindestens 100 Millionen. Subventionen an gefährdete Unternehmungen (Kohlenschieferbau, Wandsied u. S. u. v. m.) lassen sich nicht umgehen. Die Beteiligung an den Banken, die Garantie für die Gemeinde- und Länderumschuldung, für Kreditversicherung und ähnliche Maßnahmen geht in die Millionen. Darüber hinaus aber bedroht die Grundfrage die deutsche Wirtschaft mit Verlusten und einer Exportdrohung, die gefährlicher ist als alle Zusammenbrüche des Juli. Das Stillhalteabkommen mit dem Ausland funktioniert nur ungenügend. Welche Maßnahmen sollen in einer solchen Lage ergriffen werden? In der neuen Notverordnung, die alle möglichen Einzelfragen zusammenfaßt, stehen sie noch nicht drin. Nur der Schlußabsatz verrät, gleichsam als Testament des alten Kabinetts, was das neue als dringlichste Aufgaben sieht. Dieser Ausblick läßt an bitterem Ernst nichts zu wünschen übrig.

Die bisherigen Notverordnungen sollten der Bevölkerung nur die Einstellung und Umstellung auf die harten Notwendigkeiten der gesamten Lage ermöglichen. Das kommende große Notprogramm will diese harten Notwendigkeiten vertiefen. Das gesamte Preisniveau soll ruck auf die verringerte Kaufkraft der Abnehmer eingestellt werden. Das heißt Aufhebung der Kartell- und Syndikatbindungen zugunsten verbilligter Lieferungen. Die Produktionskosten sollen ausreichend berabgesetzt werden. Das heißt Senkung der Löhne und Gehälter und Abschwächungen der Tarif- und Schlichtungsbestimmungen, die einem solchen Verfahren entgegenstehen. Der Gebrauchswert der Waren soll sich im großen Rahmen des gesamten Wirtschaftskreislaufes ergeben. Des deutschen oder

Heute optimistischere Beurteilung der Lage.

Berlin. (Funkspruch.) Trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten, denen Dr. Brüning bei der Kabinettsneubildung begegnet, betont man in unterrichteten Kreisen heute vormittag im Gegensatz zu gestern abend einen stärkeren Optimismus. Man glaubt, daß es sich jetzt darum handelt, die Vollmachten klar zu stellen, mit denen der Reichskanzler in die Parlamentarisation hineingehen kann. Wahrscheinlich wird er heute nachmittag wieder zum Reichspräsidenten gehen, um sich die Antwort auf diese Frage zu holen. Es ist anzunehmen, daß die personellen Verhandlungen dann verhältnismäßig schnell zum Abschluß kommen werden, so daß das Kabinett, wenn nicht heute abend, so doch bis spätestens morgen mittag komplett sein dürfte.

Heute vormittag tagte der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei. Er beschäftigte sich natürlich auch damit, daß der Kanzler den früheren Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz zunächst das Innere und dann das Justizministerium angeboten hat. Es ist kein Zweifel, daß Dr. Scholz, der Ehrenvorsitzender der Deutschen Volkspartei ist, nicht ohne Uebereinstimmung mit seinen Parteifreunden handelt. Damit gilt diese Kandidatur schon jetzt als erledigt, und es bleibt demnach bei Dr. Voel. Die Nachricht, daß Reichsminister Treppmann das Innenministerium übernehmen wird, entspricht nicht den Tatsachen. Für dieses Ministerium

steht weiter Dr. Gehler im Vordergrund, der heute vormittag eine neue Besprechung mit dem Reichskanzler und später mit dem Staatssekretär Dr. Meißner hatte. Die Nachricht eines Berliner Mittagsblattes, daß Professor Warmbold jetzt für das Verkehrsministerium in Frage kommt, ist ebenfalls unrichtig. Der Kanzler hat bekanntlich seine Aufgabe für das Wirtschaftsministerium. Heute mittag feyete Dr. Brüning übrigens die Besprechungen mit führenden westdeutschen Industriellen, nämlich Dr. Böcker, Dr. Silberberg und Dr. Schmitz fort, mit denen er sich offenbar über die weitere Entwicklung der innerpolitischen Situation beraten will.

Dr. Scholz lehnt ab.

Berlin. (Funkspruch.) Wie wir erfahren, hat Reichstagsabgeordneter Dr. Scholz in einem Schreiben an den Reichskanzler die ihm angebotene Uebernahme des Justizministeriums abgelehnt. Zur Begründung seiner Ablehnung führte Dr. Scholz aus, er sei auf Grund seiner eifrigsten parlamentarischen Erfahrung zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Rechte zur Verantwortung herausgezogen werden müsse.

Schwere Explosionstatastrophe in Gdingen.

Mehrere Tote und Verletzte.

Gdingen, 8. Oktober.

In der polnischen Hafenstadt Gdingen ereignete sich eine ungeheure Explosionstatastrophe. Ein neuerbauter Häuserblock, der der Versickerungsanstalt für geistige Arbeiter gehört, ist durch eine Explosion von Leuchtgas zum Teil in die Luft gesprungen. Die Anlage war erst kürzlich eingeweiht worden. Die Detonation war außerordentlich stark. Die Explosionsflut bietet einen grauenhaften Anblick. Aus den Trümmern ist bereits eine Zahl von Toten und Verletzten herausgeholt worden. Die Rettungsmannschaften der Feuerwehr, der Polizei und eine Kompanie der polnischen Kriegsmarine sind bei der Bergung tätig. Etwa elf Wohnungen sind vollständig zerstört. Sieben Personen wurden bis jetzt schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten steht noch nicht fest.

(Funkspruch.) Die Verletzungen der Geretteten, von denen sechs in ein Krankenhaus gebracht werden mußten, sind zum Teil erheblich schwerer als zuerst angenommen wurde.

Die Ursache der Explosion ist jetzt schon soweit geklärt, als sich herausgestellt hat, daß schon seit einiger Zeit sich Gasgeruch in dem betroffenen Häuserblock bemerkbar machte. Die Gasleitung wurde daraufhin zwar einer Revision unterzogen, die jedoch nicht so gründlich gewesen zu sein scheint. Die Katastrophe erfolgte dann gestern abend, als eine Hausangeordnete einen Restraum des zerstörten Hauses mit einem offenen Licht betrat. Die Ursache der Explosion lassen sich jetzt einigermaßen klar übersehen. Sie sind größer, als ursprünglich angenommen wurde. So sind außer den 11 vollständig zerstörten Wohnungen des Häuserblocks 20 weitere so stark beschädigt, daß sie wegen Einsturzgefahr geräumt werden mußten. Ferner weist der ganze Häuserblock große Rauerisse auf.

des internationalen? Wahrscheinlich ist das erstere gemeint. Das heißt Schutz der Landwirtschaft, Abdrosselung jeder vermeidbaren Einfuhren. Das heißt so umfassend als möglich "Autarkie" bei gleichzeitig vermehrtem Export. Der letzte Programmpunkt, der nicht ausdrücklich formuliert wurde, aber aus einzelnen Wendungen ersichtlich ist, lautet schließlich: Reduktion. Das heißt Kreditausweisung bei vernünftigen Bindverhältnissen, Anpassung an die englische und amerikanische Neubelebung der Wirtschaft.

Das Programm ist klar. Wie läßt es sich aber verwirklichen? Bereits vor einigen Tagen erklärte Dr. Brüning, daß er unmittelbar nach Veröffentlichung der Notverordnung Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer gemeinsamen Konferenz am grünen Tisch versammeln wolle. Aus der großen Konferenz ist jetzt ein kleines Gremium von Sachverständigen geworden, das alle entscheidenden Fragen des neuen Winterprogramms durcharbeiten soll. Wird es gelingen, in diesem Gremium eine Uebereinstimmung der Meinungen herbeizuführen? Oder, wie die D.M.Z. es formuliert: "Werden Unternehmer und Arbeiter sich über die Anpassung der Löhne, die Herabsetzung der Selbstkosten und die Bemessung der Preise einigen, und was beabsichtigt die Regierung zu tun, wenn eine solche Einigung misslingen sollte?"

Die Beantwortung dieser Frage enthält das gesamte weitere Schicksal der Regierung Brüning. Wenn eine Einigung nicht zustande kommt, und ein gewisser Rechtskurs des neuen Kabinetts die SPD. zur Stimmhaltung oder zum offenen Kampf gegen Dr. Brüning zwingen würde, könnte bereits in wenigen Tagen während der Reichstagsession das zweite Kabinett Brüning gestürzt

werden. Was geschieht dann? Deckt der Reichspräsident keinen Kanzler, wenn er den Freidhandelskurs aufnimmt und gegen den Willen des Parlaments keine Absichten durchsetzt, deckt er ihn, wenn er in dieser Notzeit, zum mindesten für einen gewissen Zeitraum, den Weg unabhängiger Entscheidungen bis zum Ende geht? Oder bestimmt er sich in einer solchen Zwangslage auf die Vorschläge seiner rechtsstehenden Berater, die bei einem solchen Zwangssturz durch den Winter nicht Dr. Brüning, sondern Dr. Eugen Berg und Hitler an der Führung sehen wollen? Kein Außenstehender, der den beiden verantwortlichen Männern nicht ins Herz sehen kann, weiß, in welcher Richtung eine Entscheidung fallen wird. Beide stehen heute vor den vielleicht schwersten Entscheidungen ihres Lebens. Man kann nur wünschen, daß sie dabei nicht nur die ernste Lage in Deutschland berücksichtigen, sondern ebenso die Stellung Deutschlands in dem gesamten Kräftepiel der internationalen Politik. An dem inneren Zusammenbruch der unsinnigen Wirtschaftsideen des Versailles-Friedens ist jetzt nicht mehr zu zweifeln. Alles aber kommt darauf an, daß in diesem Augenblick Deutschland seine Gemüthung über diese grauenhafte bittere Selbstkorrektur der wirtschaftlichen Vernunft nicht mit einer neuen Isolierung bezahlt, die uns nicht weiterhelfen, sondern noch tiefer in den Abgrund stürzen würde. Das Schicksal Dr. Brüning's hängt davon ab, ob er den richtigen Weg in diesem Augenblick weitreichender positiver Entscheidungen findet. Er ist in Gefahr, zum Opfer der verwickelten Lage in Deutschland zu werden. Es liegt ausschließlich in seiner Hand, ob er die Bedrohungen, die ihm auf jeden Schritt seines Weges Fallstricke legen, meistert.